

Raffinerieanlagen in Shanghai und Nanjing bestimmt und sollen Ende nächsten Jahres ausgeliefert werden (VWD/NfA, 15. und 19.11.79).

-g-

### (61) 28-Milliarden-DM-Stahlprojekt wird vorerst nicht gebaut

Vorerst wird das spektakuläre Hüttenwerksprojekt Jidong in der Provinz Hebei nicht gebaut werden. Im Zuge der Schwerpunktverlagerung der chinesischen Wirtschaftsplanung zu Ungunsten der Schwerindustrie ist das Mammutprojekt vorläufig storniert worden. Für das Hüttenwerk war in der Endstufe ein Auftragswert von 28 Mrd. DM beziffert worden.

Ein deutsches Konsortium (Führung: Schloemann-Siemag, Mit-Konsorten: GHH Thyssen, Siemens) hatte sich dafür die größten Chancen ausgerechnet, wenn auch von chinesischer Seite bislang noch keine Auftragsvergabe erfolgt war (vgl. 0.60 C.a., 11/78).

Schloemann-Siemag hatte lediglich eine Projektstudie angefertigt. Diese wurde jetzt in abgewandelter Form den Chinesen übermittelt. Der neue Plan erstreckt sich jetzt auf vier Baustufen mit einem Bauvolumen von je 5 Mrd. DM. Denn weiterhin sei bei den Chinesen Interesse an dem Projekt vorhanden.

Zunächst geht es deshalb um ein Walzwerk für das Stahlkombinat Baoshan bei Schanghai, für das Schloemann-Siemag - konsortialiter mit einem amerikanischen Werk - ein Angebot in Höhe von 2 Mrd. DM abgegeben hat. Der Stahlwerksteil für dieses Projekt ist bereits an Nippon Steel Corporation (Volumen 1,8 Mrd.-US-Dollar) vergeben worden. Dieser Auftrag wurde aber Anfang des Jahres ebenfalls auf Eis gelegt und die Verhandlungen mit den Japanern erst im Herbst wieder aufgenommen.

Das erste große Projekt Schloemann-Siemags in China war das Walzwerk Wuhan, auf Grund dessen dem Unternehmen in China ein besonderes Vertrauenskapital entgegengebracht wird. Auch der chinesischen Seite ist klar, daß der große Konkurrenzvorteil der deutschen Anbieter ihr hoher Qualitätsstandard und ihre Liefergenauigkeit sind. Für zukünftige Verhandlungen wird aber gegenüber amerikanischen und japanischen Konkurrenten deren wachsende Preiskonkurrenz ein Faktor mit zunehmender Bedeutung sein. Im Jahr 1979 ist der japanische Yen gegenüber der DM bisher um 29% gefallen (Handelsblatt, 23./24. 11., Financial Times, 27.11.79).

-ga-

## AUSSENWIRTSCHAFT

### (62) Reduziertes japanisches Kreditangebot an China

Der japanische Ministerpräsident Ohira wird bei seinem Besuch Anfang Dezember in der Volksrepublik der chinesischen Seite einen Kredit von 50 Mrd. Yen (ca. 200 Mio. Dollar) anbieten, der im japanischen Fiskaljahr 80/81 gewährt werden soll. Gleichzeitig kündigte er die Bereitschaft Japans an, den Yen-Kredit auf den Gegenwert von 1,5 Mrd. Dollar in einem Zeitraum von 5 - 8 Jahren auszudehnen.

Mit diesem Angebot hat sich die Version des japanischen Ministeriums für internationalen Handel und Industrie durchgesetzt, den Kredit in die VR China zwar jährlich entsprechend den Finanzierungsbedürfnissen neu festzusetzen, generell aber ein Angebot von 350 Mrd. Yen (= 1,5 Mrd. US-Dollar) abzugeben. Damit antwortet Japan auf das chinesische Ersuchen um einen Kredit in Höhe von ursprünglich 1,2 Billionen Yen (= 5,54 Mrd. US-Dollar). Später wurde dieser Summe von chinesischer Seite auf 3,6 Mrd. Dollar reduziert, was aber immer noch dreimal so viel war wie alle japanischen direkten Entwicklungshilfekredite im Jahre 1978 (1,15 Mrd. Dollar). Erwartungsgemäß lagen beide Beträge weit über dem von Japan für das China-Geschäft beabsichtigten Rahmen (vgl. dazu 0.37 C.a., September 1979). Auch dieses Kompromißangebot einer Summe von insgesamt von 1,5 Mrd. Dollar enthält noch Probleme. Die genannte Endsumme liegt über dem Betrag von 1 Mrd. Dollar, den Japan vor drei Jahren den ASEAN-Ländern angeboten hat. Als Maßstab für das jetzige japanische Angebot wird der Kredit an Indonesien (dem gegenwärtig größten Kreditnehmer von Japan) im laufenden Fiskaljahr betrachtet, der 55 Mrd. Yen beträgt.

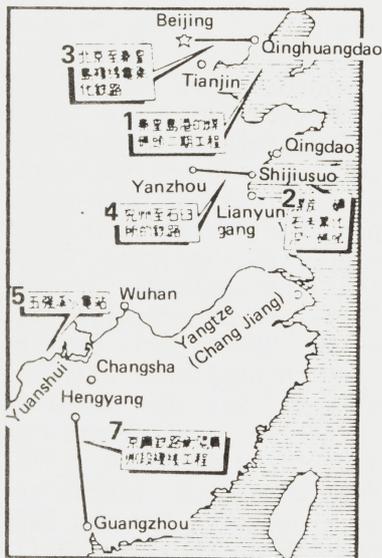
Mit dem angebotenen Betrag sollen fünf der ursprünglich diskutierten acht Infrastrukturprojekte, und ein japanisch-chinesisches "Freundschafts-Krankenhaus" in Peking finanziert werden. Das sind im einzelnen:

#### GEPLANTE INFRASTRUKTURPROJEKTE

	Bauwert in Mio. US\$
1. Ausbau des Hafens Qinghuangdao (Provinz Hebei)	104
2. Ausbau des Hafens Shijiusuo (Provinz Shandong)	220
3. Ausbau und Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Peking - Qinghuangdao	375
4. Ausbau der Eisenbahnlinie Yanzhou - Shijiusuo	165

5. Bau des Wasserkraftwerkes Wuqianxi	530
"Freundschaftskrankenhaus Japan- China", Peking	60
	1.545
6. Elektrizitätswerk in Longtan (Provinz Guangxi)	
7. Ausbau der Eisenbahnstrecke von Hangyang nach Guangzhou (Kanton)	
8. Elektrizitätswerk in Shuikou	

KARTE VON 6 PROJEKTEN  
(Quelle: RMRB)



Die geplanten Bauzeiten für die ersten vier Projekte betragen drei Jahre, für das Wasserkraftwerk Wuqianxi sechs Jahre und das Krankenhaus zwei Jahre. Die übrigen Projekte, besonders die beiden Wasserkraftwerke, wurden aus der Förderungsliste ausgeklammert, da sie, so die Japaner, in der chinesischen Prioritätenliste niedriger rangieren.

Der Hauptgrund liegt allerdings darin, daß diese Bauvorhaben für Japan von geringerem Stellenwert sind. Denn die nun zur Förderung vorgesehenen Projekte bedeuten einen Ausbau derjenigen Transportwege und Hafenanlagen in der Bohai-Bucht, die für die chinesische Rohstoff- und besonders Erdöllieferungen an Japan wichtig sind. Die endgültige Ausformulierung des japanischen Vorschlags in dieser Höhe muß in enger Beziehung des Landes zu den ASEAN-Ländern gesehen werden. Japan bemüht sich dabei, einerseits diese Länder nicht vor den Kopf zu stoßen, andererseits aber auch seine starke Position auf dem chinesischen Markt weiter auszubauen.

Nach ersten Schätzungen der Japan External Trade Organization (JETRO) wird der Außenhandel zwischen Japan und China im Jahre 1979 ein Volumen von über 7 Mrd. Dollar erreichen, das sind ca.75% mehr als im Vorjahr. Die japa-

nischen Exporte nach China werden dabei ca.4,1 bis 4,2 Mrd. Dollar betragen, die japanischen Importe aus China 2,9 bis 3 Mrd.Dollar. Allerdings machen sich im gegenseitigen Handelsverkehr in jüngster Zeit die zurückgegangenen Käufe von Stahl durch die chinesische Seite bemerkbar. Zudem steigt der Preis für chinesisches Erdöl, das Japan aus der Volksrepublik bezieht. Erst kürzlich hatte die Volksrepublik (die kein OPEC-Mitglied ist) ihren Ölpreis von 21,8 Dollar auf 24,25 Dollar pro barrel angehoben. Die japanischen Erdölkäufe in China werden in diesem Jahr rd.7,6 Mio.t betragen, damit kommen sie für rd.3% aller Erdölimporte dieses Landes auf.

Um die chinesischen Einfuhren nach Japan zu erleichtern, wird Japan der Volksrepublik China ab April 1980 Vorzugszölle nach dem Allgemeinen System der Zollpräferenzen gewähren (JEJ, 13. und 27.11.,Blick durch die Wirtschaft, 14.11., AWSJ, 27.11.79).

-ga-

### (63) Zuviel "Knochen", zuwenig "Fleisch" Schwerpunktverlagerung zugunsten der Konsumgüterindustrie

Die Volkswirtschaft muß dem Konsum mehr Bedeutung beimessen. Das ist der Tenor eines Grundsatzaufsatzes in der Pekinger Volkszeitung vom 20.Oktober 1979.

Der Artikel bereitet das Problem grundsätzlich auf. Zunächst wird zur ideologischen Absicherung des vorzutragenden Standpunkts auf Stalins Schrift "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" Bezug genommen. In dieser Arbeit umreißt Stalin ein "Ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus": "Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik." Im hinteren Teil der Schrift weist Stalin Kritik an seiner Einschätzung des Sozialismus durch den sowjetischen Ökonomen Jaroschenko zurück, der behauptet hatte, Stalin ginge bei seinem "Grundgesetz" nicht vom Primat der Produktion, sondern vom Primat des Konsums aus. Die Chinesen zitieren jetzt Stalins Entgegnung auf diesen Einwand: "Genosse Jaroschenko vergißt, daß die Menschen nicht um der Produktion willen produzieren, sondern um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Er vergißt, daß eine Produktion, die nicht der Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft gilt, dahinsiecht und eingeht.... Es ergibt sich Wachstum der Produktion um des Wachstums der Produktion willen, Produktion als Selbstzweck, während der Mensch mit seinen Bedürfnissen aus dem Blickfeld des Genossen Jaroschenko verschwindet."

Heute, so wird die Argumentationskette in der Volkszeitung fortgesetzt, dächten auch in China viele Leute wie Jaroschenko. D.h., auch hier

wollten einige Leute ganz offen eine Produktion um der Produktion willen. Das zeige sich in folgenden Punkten:

1. Die Produktionspläne würden nicht von den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgehen, sondern von den Wachstumsziffern einiger Schlüsselzeugnisse. Dies seien 30 bis 40 Produkte aus der Schwer- und Leichtindustrie und aus der Landwirtschaft. Im Kern sei von den Erfordernissen der Schwerindustrie ausgegangen worden, und hier unter dem Schlagwort "mit dem Stahl als Hauptkettenglied" von der Stahlerzeugung.

2. Bei der Verteilung des Volkseinkommens werde die Akkumulation (im System der klassischen Nationalökonomie und bei Marx Begriff für Investition) hervorgehoben, die Konsumausgaben aber vernachlässigt. Im ersten Fünfjahrplan (1953-57) sei das Verhältnis Akkumulation - Konsum z.B. 24,2% zu 75,8% gewesen. Diese Größenordnung habe sowohl eine schnelle Entwicklung der Produktion als auch eine Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung sichergestellt. Im zweiten Fünfjahrplan (1958-62, der allerdings vorfristig abgebrochen wurde) stieg die Akkumulationsrate auf 38,8%, 1959 und 1960 erreichte sie sogar 40%. Von 1970 bis 1978 betrug sie im Durchschnitt 33%. 1978 lag sie bei 36%.

Gemessen am Niveau der chinesischen Entwicklung und der Einkommensverhältnisse sei solch eine Akkumulationsrate zu hoch, sie beeinträchtige die Verbesserung der Lebensbedingungen schwerwiegend.

3. Bei der Verteilung der Investitionsmittel auf die verschiedenen Wirtschaftszweige fließt ein zu großer Anteil in die Investitionsgüterindustrie und zuwenig in den Konsumgüterbereich. Es gibt zu viele Knochen, zuwenig Fleisch. Im ersten Fünfjahrplan wurden von den Gesamtinvestitionen 71,7% für produktive, 28,3% für nicht produktive Zwecke verwendet, darunter 9,1% für Wohnungsbau. Zu jener Zeit sei das ein adäquates Verhältnis gewesen. Es stellte die Vollendung der 165 Schlüsselprojekte sicher, kam aber gleichzeitig auch für den Wohnhausbau und für öffentliche Einrichtungen auf. Von 1966 bis 1977 stieg das Verhältnis der produktiven Investitionen scharf auf 85% an. So geriet das Verhältnis von "Knochen und Fleisch" in ein ernstes Ungleichgewicht. Besonders die Bereiche Infrastruktur und Wohnungsbau wurden unzureichend ausgestattet.

4. Beim Mitteleinsatz im Investitionsgüterbereich wurde die Schwerindustrie im Gegensatz zur Vernachlässigung von Leichtindustrie und Landwirtschaft übermäßig betont. Von 1966 bis 1978 erhielt die Schwerindustrie mehr als 55% aller Investitionsmittel, während die Landwirtschaft nur 10% erhielt, die Leichtindustrie nur 5%.

Wenn man von der Verteilung der Investitionsmittel ausgeht, dann betrug das Verhältnis von

Leicht- zu Schwerindustrie 1:8 während des ersten Fünfjahrplanes, 1:10 während des zweiten Fünfjahrplanes, 1:12 in den drei Jahren der Wiederanpassungsperiode (das ist 1960 bis 1962), 1:14 im dritten Fünfjahrplan (1966 bis 1970), 1:10,2 im vierten Fünfjahrplan (1970 bis 1975) und 1:83 in den drei ersten Jahren des jetzt laufenden fünften Fünfjahrplans. In der Schwerindustrie wurde wiederum das meiste Geld in den metallurgischen Bereich investiert. Von 1952 bis 1978 betrug die Investitionsmittel für die Metallurgie mehr als das Doppelte der Mittel für die Leichtindustrie.

Diese Gewichtung der Investitionsmittel habe zwar in den ersten Jahren nach der Gründung der Volksrepublik und der Schwäche in den Grundlagen der Industrie ihre Berechtigung gehabt. Im Laufe der weiteren Entwicklung hätten dann aber die Mittel für die Leichtindustrie und die Landwirtschaft angehoben werden müssen. Das sei aber nicht geschehen. Entsprechend hätte sich diese abnorme Situation in der chinesischen Volkswirtschaft ergeben.

5. Innerhalb des schwerindustriellen Bereichs selbst hätten die Material- und Energiezuteilungen für die Schwerindustrie auch an erster Stelle rangiert. Z.B. hätte sich die Elektrizität 1978 so verteilt, daß 11,5% in die Landwirtschaft, 12,8% in die Leichtindustrie und 53,7% in die Schwerindustrie geflossen seien. Gleichfalls sei die Belieferung der Leichtindustrie mit schwerindustriellen Vorprodukten - trotz eines Wachstums von 15% (nach der Gründung der Volksrepublik) auf 30% des Produktionswertes - weiterhin unzureichend.

6. Ohne die Berücksichtigung der Marktbedürfnisse sei die Produktion blind. Viele Unternehmen fühlen sich mehr ihren übergeordneten Einheiten als den Kunden oder Konsumenten gegenüber verantwortlich. In dem blinden Streben nach Produktionswert und Profiten stellen einige Betriebe die Produktion von Waren ein, die geringe Produktionswerte haben und wenig Gewinn bringen. Gleichzeitig gibt es eine aufgeblähte Produktion unverkäuflicher Waren. Dennoch gehen sie mit in den gesamten Produktionswert des Betriebes ein. Sie haben aber nur noch "statistischen Wert".

Viele Jahre lang, so fährt der Artikel fort, seien die grundlegendsten ökonomischen Gesetze in ziemlich hohem Maß vernachlässigt worden, hätte es eine Produktion um der Produktion willen gegeben. Wie sei das zu erklären?

Der erste Grund liege darin, daß man die Beziehung zwischen Produktion und Konsum nicht richtig behandelt habe, den Faktor der Konsumtion vernachlässigt habe, nach der Leitlinie "zuerst Produktion, dann Lebensmittel" vorgegangen sei. Richtig sei es aber, die Produktion und die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung gleichzeitig anzugehen. Wie könne sonst die Einsatzbereitschaft der Arbeiter erreicht werden? Darüber hinaus stellten die Konsumenten

den Markt für die Erzeugnisse dar, bildeten neue Bedürfnisse für die Produktion heraus und seien somit ein mächtiger Antrieb für die Produktion.

Obwohl eine Argumentationslinie besage, daß man ja gerade die Schwerindustrie so stark fördere, um mit ihrer Entwicklung anschließend Leichtindustrie und Landwirtschaft voranzubringen, dürfe dieses nicht einseitig geschehen, dieser Leitsatz nicht verabsolutiert werden. Wenn - wie jetzt - die Konsumgüterindustrie hinterherhinke, müsse sie sogar erstrangig entwickelt werden. Ein Bestandteil der Umstrukturierung der Schwerindustrie sei es, daß auch Rüstungsbetriebe sich auf Zivilgüter für die Bevölkerung umstellen müßten.

Es sei auch eine schädliche Tendenz in manchen Betrieben, die Qualität, den "Gebrauchswert" einer Ware zu opfern, um Output-Größen zu erreichen (RMRB, 20.10.79, zitiert nach SWB, 13.11.79).

Diesem Grundsatzartikel sind inzwischen mehrere Konferenzen gefolgt. Eine wichtige ist die Diskussionsveranstaltung, die gemeinsam vom Wirtschaftsforschungsinstitut der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und der Herausbergergruppe der Zeitschrift "Wirtschaftsforschung" (Jingji Yanjiu) am 25.10. veranstaltet wurde. U.a. nahm der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Yu Guangyuan teil. Die Diskussion ging nicht über den Argumentationsrahmen des oben wiedergegebenen Artikels hinaus, sondern betonte gleichfalls die Notwendigkeit einer Neugewichtung der volkswirtschaftlichen Prioritäten. Die Wirtschaftstätigkeit müsse dem Verbrauch dienen, Chinas Wirtschaft sei eine Volks-Wirtschaft.

Eine weitere Konferenz fand Anfang November in Peking statt. Sie hatte zum Gegenstand die Umstrukturierung der Rüstungswirtschaft. Hier geht es jetzt darum, eine integrierte Produktion von militärischen und nichtmilitärischen Erzeugnissen zu erreichen. Zivile Produkte sollten aktiv hergestellt werden und eröffnen gute Chancen für Rüstungsbetriebe. Sie könnten z.B. Sportgewehre, Filmprojektoren und zivile Meßgeräte herstellen (XNA chin., 2. und 10.11.1979, zitiert nach SWB, 13. und 15.11.1979).

Eine verstärkte Gewichtung des Konsumgütersektors ist für die jetzige Konsolidierungsphase der chinesischen Wirtschaft nicht neu. Auf der zweiten Tagung des V. Nationalen Volkskongresses am 21.6.79 hatte zum Beispiel der damalige Finanzminister Zhang Jingfu ausgeführt, daß "der Anteil der Akkumulation am Nationaleinkommen ... ein vernünftiges Maß (überschreite)."

Die hier ausgebreitete grundsätzliche Höherstufung des Konsumgütersektors auf der gesamtwirtschaftlichen Prioritätenskala sollte deshalb verstanden werden als Verstärkung dieser Aus-

richtung der Volkswirtschaft. Die seit einem Jahr vorgenommene Ausrichtungskampagne der chinesischen Wirtschaft hat seither offensichtlich nicht die gewünschten Erfolge gezeitigt. Deshalb schien es den chinesischen Ökonomen nötig zu sein, nochmals eine Grundsatzdebatte zu beginnen. Der Kernpunkt der Aufgabe ist folgender: Nur wenn die Bevölkerung in zunehmendem Maße mit Konsumgütern - sowohl mit Lebensmitteln als auch langlebigen Konsumgütern - versorgt wird, ist sie zur Unterstützung des gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Kurses der chinesischen Führung bereit. Denn politische Freiheitsrechte sagen zumindest der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung wenig. Für sie sind Ernährung und Bekleidung, Armbanduhr, Fahrrad und neuerdings ein Fernsehgerät wichtiger.

"Gulaschkommunismus" auf chinesisches. -ga-

#### **(64) Gerichtskammern für Wirtschaftsangelegenheiten in Tianjin eingerichtet**

Nach einigen Gerichten in der Provinz Qinghai (s.C.a., September 1979, S.1020) und den Gerichten in Peking (s.C.a., Oktober 1979, 0.60) haben nun auch der Höhere und der Mittlere Volksgerichtshof der regierungsunmittelbaren Stadt Tianjin Kammern für Wirtschaftsangelegenheiten eingerichtet (Tianjin Ribao, 23.10.79, nach SWB, 10.11.79). Die Gerichtskammern für Wirtschaftsangelegenheiten von Tianjin sollen hauptsächlich für folgende Streitfälle zuständig sein:

1. Fälle, in denen eine Partei vertragsbrüchig wird und dadurch der anderen Partei erheblichen ökonomischen Schaden zufügt.

Streitfälle über die Erfüllung von Wirtschaftsverträgen sollen jedoch - entsprechend den Beschlüssen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über einige Probleme der Beschleunigung der industriellen Entwicklung und der betreffenden Verordnungen des Staatsrats - zunächst von den Wirtschaftsausschüssen auf allen Ebenen, den Wirtschaftsabteilungen und den Verwaltungsabteilungen für Industrie und Handel geschlichtet werden. Nach dem Schiedsspruch der betreffenden Schlichtungsstelle kann bei Widerspruch innerhalb von 10 Tagen der Volksgerichtshof der Mittleren Ebene angerufen werden, dessen Kammer für Wirtschaftsangelegenheiten den Streitfall erneut verhandelt.

2. Fälle von Umweltverschmutzung durch Industrieabfälle, die in schwerwiegendem Maße die Gesundheit der Bevölkerung beeinträchtigen und den ökonomischen Interessen des Einzelnen, des Kollektivs und des Staates zuwiderlaufen.

3. Fälle von Amtsvergehen und anderen Wirtschaftsdelikten von Arbeitern und Angestellten

des Staates, gegen die bereits vom "Volksanwalt", d.h. Staatsanwalt, ermittelt wird.

4. Fälle, die Verhältnisse mit ausländischen Unternehmen und Einzelpersonen betreffen, wie z.B. Schifffahrtsangelegenheiten, Außenhandel, Versicherung und chinesisch-ausländische Joint Venture-Betriebe.

Schiedssprüche des Schlichtungsausschusses für den Außenhandel und des Schlichtungsausschusses für Schifffahrtsangelegenheiten sind endgültig und können - entsprechend den üblichen internationalen Bestimmungen - nicht noch einmal vor einem Gericht oder einem anderen Organ neu verhandelt werden. Sollte sich jedoch eine der Parteien weigern, die Regelung des Schiedsspruches innerhalb des im Schiedsspruch festgesetzten Zeitraums auszuführen, soll der Volksgerichtshof bzw. seine Kammer für Wirtschaftsangelegenheiten im Falle seiner Anrufung die Ausführung des Schiedsspruches den Gesetzen entsprechend vornehmen. Solange die vorgenannten Schlichtungsstellen noch nicht eingerichtet sind, können größere Streitfälle auch ohne vorheriges Schiedsgerichtsverfahren vor den Kammern für Wirtschaftsangelegenheiten verhandelt werden.

-sch-

#### **(65) Energiekontrollbehörde soll ins Leben gerufen werden**

Ein nationaler Energiekontrollrat soll in der Volksrepublik China gegründet werden. Das wurde von der Staatlichen Wirtschaftskommission bekanntgegeben. Hauptaufgaben der Energiepolitik in China - und damit der Behörde - ist es, die Kohleförderung zu unterstützen, im Land selbst den Energieverbrauch in Richtung auf Kohle zu verlagern, somit das Erdöl für den Export bereitzustellen und allgemein die Einsparung von Energie zu betreiben.

Deshalb wurde der Monat November als Energiesparmonat angesetzt. Beklagt wird, daß China eine Energienutzungsrate von 28% habe, während diese in entwickelten Ländern doppelt so hoch liege.

Bei der Zusammensetzung des gesamten chinesischen Energieverbrauchs sei der Kohleanteil von 96% im Jahre 1949 auf 70,91% (1978) gefallen, wohingegen der Ölanteil im gleichen Zeitraum auf 22,3% angestiegen sei. Die bekannten Kohlevorkommen in China wurden von einer Sprecherin der Kommission auf 600 Mrd.t veranschlagt (XNA, 18.11.1979).

-ga-

#### **(66) Bankdarlehen bei Investitionen**

Die Mitte November vom Staatsrat verabschiedeten "Versuchsbestimmungen über die Vergabe von Investbendarlehen" werden mit Beginn nächsten

Jahres probeweise bei allen Investitionsprojekten der Leicht-, Textil- und Bauindustrie, im Tourismusbereich in den Städten Peking und Shanghai und in der Provinz Guangdong angewendet. Schon im August des vergangenen Jahres hatte der Staatsrat beschlossen, schrittweise die Investitionsvergabe nach der Methode der staatlichen Mittelzuteilung durch eine Darlehensgewährung an die nachfragenden Betriebe zu ersetzen. Diese Kredite sind - im Gegensatz zu den durch den Staat vergebenen, nicht rückzahlbaren Fonds - regulär zu tilgen und zu verzinsen.

Organ der Kreditgewährung ist die Chinesische Volksaufbaubank (zhongguofrenmin jianshe yinhang). Die "Versuchsbestimmungen" sehen vor, daß sie Mittel für Investitionen in den Bereichen Fernmeldewesen und Transport, Landgewinnung, Viehzucht, Wasserprodukte, Handel und Tourismus an solche Betriebe vergibt, die eine selbständige Buchführung betreiben und in der Lage sind, den Kredit zurückzuzahlen. Investitionsprojekte von Verwaltungseinheiten oder nicht Gewinn-orientierten Betrieben sowie staatlicherseits in Angriff genommene Vorhaben werden weiterhin direkt durch den Staat finanziert.

Die Kreditwürdigkeit von Vorhaben wird an vier Kriterien gemessen:

1. Die Erzeugnisse müssen absetzbar und von Standardqualität sein.
2. Die Versorgung mit Rohstoffen und Materialien, Brennstoffen, Energie und Wasser sowie der Transport müssen sichergestellt sein.
3. Es muß eine verlässliche Berechnung über den Rückfluß der Investitionsmittel vorliegen. Die Rückzahlung der aufgenommenen Gelder im vereinbarten Zeitraum muß gewährleistet sein.
4. Baugrund, Ausrüstungen, Material und Arbeitskräfte zur Errichtung des Projekts müssen zur Verfügung stehen.

Im Prinzip sollen die Kredite gemäß dem Staatsplan vergeben werden, in der Praxis jedoch wird gefordert, daß das gesamte Verfahren flexibel gehandhabt wird. Vor allem kommt es den chinesischen Planern darauf an, in der gegenwärtigen Konsolidierungsphase Gelder für kleine Projekte bereitstellen zu können, die geringe Beträge benötigen, aber schnelle Resultate und vor allem hohe Gewinne versprechen. Besonders zur "Nutzung vorhandener Potentiale" sollen Kredite gewährt werden, d.h. für Investitionsvorhaben zur Modernisierung und Rationalisierung vorhandener Betriebe.

Die Bank soll die Darlehen nicht nur vergeben, sondern in den Bestimmungen ist vorgesehen, daß sie auch Aufsichtsfunktionen über die sachgemäße Verwendung der Mittel wahrnehmen wird. Wenn sie feststellt, daß von ihr vergebene Gel-

der zweckentfremdet werden, Materialien unrealistisch eingekauft werden (d.h. also gehortet werden) oder überhaupt "ökonomische Gesetze verletzt werden", dann soll sie Schritte zur Korrektur einleiten und letztendlich sogar das Darlehen kündigen dürfen.

Die Kredite werden langfristig gewährt. Für schwerindustrielle Vorhaben bis zu 15 Jahren, für andere Projekte 10 Jahre und für kleine Investitionen bis zu 5 Jahren. Falls diese Rückzahlungsfristen nicht eingehalten werden, werden die Zinsen auf den Restschuldbetrag verdoppelt. Die gleiche Strafe trifft den Betrieb bei zweckentfremdetem Einsatz der Gelder; auch dann muß er auf diesen Kreditteil Zinsen in doppelter Höhe zahlen. Falls das Unternehmen den Kredit vorfristig tilgt, darf es diesen noch nicht fälligen Betrag bis zum Ende der vertraglich vereinbarten Zeit zur Eigenverwendung behalten. Bei Nichtrückzahlung in der festgelegten Zeit muß der Betrieb die ausstehende Summe aus seinem Umlauf- und Ausbauvermögen bestreiten.

Damit die Bank mit der nötigen Autorität ausgestattet ist, wird sie direkt dem Staatsrat unterstellt, sie arbeitet unter der "Staatlichen Investbaukommission", vor allem aber unter dem Finanzministerium (XNA, 16. und 26.11.1979, zitiert nach SWB, 23.11. und 4.12.79).

Nicht angesprochen wurden in den Verlautbarungen die Höhe der Zinsen und eine evtl. Kontingentierung der Gelder für einzelne Branchen. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß die fiskalpolitischen Steuerungsmittel in der Hand des Staates bleiben, mit dem er den Kreditfluß in die einzelnen Zweige seiner Volkswirtschaft steuern wird.

-ga-

### (67) Landwirtschaftssteuer

Die Jilin-Tageszeitung veröffentlichte kürzlich ein Zirkular, das den Finanzabteilungen Leitlinien für die Befreiung von der Landwirtschaftssteuer setzt, wie zu Beginn dieses Jahres beschlossen worden ist.

Danach werden alle Produktionsgruppen in dieser Provinz eine Steuerreduzierung in Höhe einer Halbjahressteuerzahlung in Anspruch nehmen können, die folgendem Standard entsprechen:

- Jedes Mitglied einer Produktionsgruppe, das auf trockenem Ackerland arbeitet, erhält im Jahresdurchschnitt 180 kg Speisegetreide und ein Minimum von 50 yuan.

- Jedes Mitglied, das in bewässerten Feldern arbeitet, erhält durchschnittlich 212 kg Getreide und mindestens 65 yuan.

- Jedes Mitglied, das auf trockenen Feldern an der Grenze arbeitet, erhält 200 kg Getreide und mindestens 60 yuan.

- Jedes Mitglied, das auf bewässerten Feldern an der Grenze arbeitet, erhält durchschnittlich 230 kg Getreide und mindestens 75 yuan.

Das Zirkular wirft die Frage auf, ob auf Grund der vom Frühjahr an erhöhten Getreideankaufpreise die Landwirtschaftssteuern auch steigen werden.

Das sei nicht der Fall, da die landwirtschaftlichen Steuern in Naturalform abgeführt werden, so daß die landwirtschaftlichen Einheiten nicht ein Pfund mehr als sonst zahlen müßten. Die Finanzabteilungen verkaufen das Getreide dann zu den erhöhten Preisen an Getreideabteilungen, so daß sie dadurch mehr Steuern einnehmen (Changchun, Provinz Jilin Radio v. 11.11.79, zitiert nach SWB, 16.11.79).

-ga-

### (68) Neue Devisenwährung in China

China beabsichtigt, eine Art zweite Inlandswährung einzuführen, die nur von Ausländern zum Kauf importierter Waren verwendet werden darf.

Diese Maßnahme scheint deshalb sinnvoll geworden zu sein, da es offenbar für die wachsende Zahl chinesischer Geschäfte, die nur gegen ausländische Devisen verkaufen, immer schwieriger wurde, ausländische Banknoten klar zu identifizieren und das benötigte Wechselgeld bereit zu haben.

Gegenwärtig werden in der VR folgende sechs Währungen akzeptiert: US\$, DM, franz.Franc, schweizer Franken, japanische Yen und HK\$ (AWSJ, 4.12.79).

-ga-

### (69) Reformbetriebe erreichen vorfristig die geplanten Gewinnziele

Die 100 Musterindustriebetriebe in der Provinz Sichuan, die seit Beginn dieses Jahres mit größeren Kompetenzen ausgestattet sind, haben ihre geplanten Jahres-Gewinnziele um 2 Monate vorfristig erreicht. Dies berichtet die "Arbeiterzeitung" vom 17.11.1979.

Bis Ende Oktober hätten 84 der Betriebe 492 Mio. yuan an den Staat abgeführt; dies sei eine Steigerung von 28,4% gegenüber der Gewinnablieferung der entsprechenden Vorjahresperiode. Wichtiger sei aber, daß dies eine doppelt so hohe Gewinnsumme sei wie die der nicht in die Reform einbezogenen Betriebe.

Insgesamt umfaßt das Experiment 14 Maßnahmen zur Gewährung größerer betrieblicher Befugnisse. Darunter befinden sich das Recht, selbstständig außerplanmäßige Extraproduktion zu organisieren, Rohmaterialien anderer Betriebe zu verarbeiten und überplanmäßige Waren selbst zu

vermarkten. Außerdem dürften die Betriebe selbst mit ausländischen Firmen in Geschäftsbeziehungen treten und Verträge unterzeichnen (XNA, 17.11.1979, vgl. dazu auch "Wirtschaftsreform in China tritt auf der Stelle", C.a., Okt. 1979, S.1124).

-g-

### **(70) Staatliche Preiserhöhungen ziehen weitere unkontrollierte Preissteigerungen nach sich**

Nach den staatlichen Preiserhöhungen Anfang November (vgl. 0.53 C.a., Oktober 1979) für eine Reihe von Lebensmitteln scheint eine ganze Welle unkontrollierter Preissteigerungen das Land erfaßt zu haben. Die meisten Städte führen inzwischen verschärfte Preiskontrollen durch und bemühen sich, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Offiziell heißt es, eine Reihe von Geschäften hätten die Gunst der Stunde genutzt, durch höhere Preise Extraprofite zu verdienen. Von der Pekinger Preiskontrolle wurden z.B. folgende Verstöße aufgedeckt:

- Die Lebensmittelfabrik der Haidian-Kommune erhöhte die Preise für alle sieben der von ihr produzierten Brotsorten, obwohl nur drei Brotsorten Milch und Eier enthalten, die Preiserhöhung also durch höhere Rohstoffpreise zu begründen sei. Die anderen Brotsorten würden aber Zutaten enthalten, die nicht von den jetzt verfügbaren staatlichen Preiserhöhungen betroffen seien.

- Ein Markt im Kreis Chaoyang hätte für Shrimps falsche Gewichte verwendet,

- ein Radioreparaturbetrieb im Kreis Xuanwu hätte seine Gebühren für die Reparatur von Fernsehgeräten von zwei auf dreizehn yuan heraufgesetzt,

- eine Fabrik hätte die Preise für eine beliebige Sorte von Badehandtüchern von sechs auf acht yuan erhöht. Als Begründung diente ihr eine Änderung im Design: Das Bild eines Tigers, der einen Berg herunterlief, wurde durch einen aufwärts laufenden Tiger ersetzt (XNA, 16.11.79).

Die angeführten Beispiele machen auf ein Problem aufmerksam: Die steigenden Preise beschränken sich keinesfalls auf den Nahrungsmittelsektor, sondern umfassen auch andere Konsumartikel. Keine Rolle spielt, ob der Preis direkt erhöht wird oder der für Wirtschaftssysteme mit festgesetzten Preisen typische Umweg indirekter Preissteigerungen gewählt wird: Herabsetzung des Gewichts, Verschlechterung der Qualität, minimale Änderung in der Aufmachung eines Erzeugnisses: Sie alle müssen herhalten zur Begründung von höheren Preisen.

-ga-

### **(71) Ehemalige "Kapitalisten" in der Provinz Liaoning**

Über 800 ehemalige chinesische Industrielle und Geschäftsleute bekleiden heute in der nordostchinesischen Provinz Liaoning wieder leitende Positionen in Fabriken und Bergwerken. Insgesamt werden in dieser im chinesischen Maßstab stark industrialisierten Provinz 12.000 frühere Industrielle beschäftigt. Ihnen wurde ihr während der Kulturrevolution beschlagnahmtes Kapitaleigentum zurückgegeben, ihre Löhne "wiederhergestellt" und außerdem wurden sie für nicht geleistete Lohn- und Dividendenzahlungen entschädigt. In der chinesischen Presse finden sich jetzt Berichte darüber, wie diese ehemaligen "Kapitalisten" mit ihren Kenntnissen zur Modernisierung des Landes beitragen.

In Shanghai hatten im Herbst dieses Jahres rehabilitierte Industrielle ihre jetzt rückwirkend gezahlten Entschädigungsgelder in eine nationale Baugesellschaft eingebracht, die in Shanghai, aber auch in Hongkong Bauvorhaben durchführen will (XNA, 15.11.1979).

-ga-

### **HONG KONG**

### **(72) Zunehmendes Engagement Chinas in Hongkong**

Hongkong ist nicht nur zur großen Schule für den chinesischen Banken-, Versicherungs- und Tourismusbetreuungsnachwuchs der VR China geworden, sondern wird demnächst auch Experimentierfeld für chinesische Bauunternehmen im Ausland. Angeblich beabsichtigt Pekings staatliche Construction Engineering Cooperation, sich an einem Wohnungsbaugroßprojekt in Taipo in den New Territories zu beteiligen. Die China Resources Cooperation, Pekings Filiale einiger Außenhandelskorporationen in Hongkong, will in Yuen Long in den New Territories eine neue Satellitenstadt bauen. Auch ist die China Resources bereits seit einiger Zeit in das lukrative Grundstücks- und Baugeschäft eingestiegen, und zwar teils direkt, teils indirekt über Hongkonger Bauunternehmen, die Peking nahestehen. Weiterhin will China in Hongkong eine Zementfabrik, eine Werft, Lagerhäuser und ein Handelszentrum mit fünfzig Stockwerken bauen (NZZ, 18.11.79).

Peking betreibt in Hongkong bereits zwei Tageszeitungen, steht hinter der größten Gewerkschaft, unterhält einige Schulen, etwa ein Dutzend Banken, eine Kette von Warenhäusern, Antiquitätenläden, Baufirmen, Schiffahrtslinien und Versicherungsgesellschaften, aus denen Devisen in unbekannter Höhe erzielt werden. Außerdem